

LAND TAGS KURIER



AUSGABE

4 | 26

Seite **8**

Gesetzesänderung
bringt moderne
Befugnisse für Polizei

Seite **13**

Aktiv für unsere
Demokratie – Verleihung
der Verfassungsmedaille

Seite **16**

Politik am Ball –
II. Parlamentarisches
Fußballturnier



Sächsischer Landtag

LANDTAGS KURIER

AUSGABE 4|26

PLENUM

30. Sitzung
Seelische Gesundheit schützen
Landtag debattiert zu Kürzungen in der Psychotherapie **4**

Demokratie braucht Mehrheiten

Abgeordnete diskutieren im Landtag zur Regierungskritik **6**

31. Sitzung Europa vor der eigenen Haustür

Parlamentarier debattieren zu regionaler Europapolitik **7**

30. Sitzung Moderne Befugnisse für die sächsische Polizei

Landtag beschließt Änderungen des Polizeirechts **8**

Hintergrundinformationen zur Änderung des Polizeirechts **10**

PARLAMENT

Die Pandemie aus der Perspektive von Jugendlichen

Die Enquete-Kommission Pandemie lädt Jugendliche zu einer Sondersitzung in den Landtag ein **11**

Aktuelle Gesetzgebung **12**

AKTUELLES

»Für andere und für unsere Gesellschaft«

30. Verleihung der Sächsischen Verfassungsmedaille 2026 **14**

Politik am Ball

II. Parlamentarisches Fußballturnier des Freistaates Sachsen **16**

Vielen Dank für Ihren Dienst!

Diskussion zum Umgang mit Veteranen **17**

Kurz informiert **18**

TITELBILD:

Die Spieler des FC Landtags beobachten das Spielgeschehen während des Turniers.

Foto: T. Schlorke

11



8



16



13



17



Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Alexander Dierks vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteurin: Dr. Maria Hofmann, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Niklas Hellfritsch, Heiner Ridder, Janina Wackernagel, Rüdiger Soster (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.)

Gestaltung: Ö GRAFIK, Tauscherstraße 44, 01277 Dresden
Druck und Vertrieb: Druckerei Thieme Meißen GmbH, Zschendorfer Straße 91, 01662 Meißen
Redaktionsschluss: 08.07.2026
Gastautoren: Anna Lena Hölken-Schubert, Natalie Rödel, Jonas Böhm (Sächsischer Landtag), PD Dr. Michael Wetzel (TU Dresden)



Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder. | Das im Landtagskurier genutzte generische Maskulinum meint stets alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht. Die platzsparende Schreibweise dient ferner der besseren Lesbarkeit.

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.

JUGEND

Jugend bewegt Politik

Vielfältiges Veranstaltungsprogramm für Jugendliche im Sächsischen Landtag

20

EUROPA

Vom Austausch profitieren

Delegations- und Ausschussreise nach Österreich und in die Niederlande

21

GESCHICHTE

Graf Detlev von Einsiedel und sein Wirken auf den sächsischen Landtagen

Teil 2: Die Machtprobe zwischen Regierung und Landtag 1820/21

22



Foto: T. Schlorke

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

in Sachsen sind Sommerferien. Unsere Kinder und Jugendlichen haben schulfrei, sie genießen die Tage mit ihren Freunden, gehen baden oder sind mit ihren Familien im Urlaub. Gerade im Sommer bietet unser Land viele angenehme Möglichkeiten zur Erholung, etwa im Leipziger Neuseenland, in den Tälern von Mulde und Zschopau, in der Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft oder im oft kühleren Vogtland. Mir fallen unzählige wunderschöne Orte in unserem Freistaat ein, die es zu erkunden und zu erleben lohnt. Der Sommer bietet hierzu eine klasse Gelegenheit.

Die Sommerpause gehört auch im Landtag fest zum Jahreskalender dazu. Dies bedeutet aber nicht, dass die Abgeordneten durchweg arbeitsfrei haben. In den Sommerwochen sind sie zumeist in ihren Wahlkreisen unterwegs, erledigen, was im oft hektischen Parlamentsalltag liegengeblieben ist. Zudem setzen bereits Ende August die parlamentarischen Beratungen zum Doppelhaushalt 2027/2028 ein. Vor den Abgeordneten liegen dann Monate intensiven politischen Handelns. Einfach wird es nicht, gilt es doch, ein Milliardendefizit im Haushalt zu schließen. Das Kunststück ist, ausreichend finanzielle Gestaltungsspielräume für die nächsten Jahre zu schaffen und zugleich weder die Investitionen in Sachsens Zukunft noch den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Land zu gefährden.

»Der Landtag erfüllt seine Aufgabe als Parlament für Sachsen.«

Die Arbeitsbilanz eines Parlaments bemisst sich neben guten Debatten schließlich vor allem am politischen Handeln. Die Zahlen sprechen da eine klare Sprache: Seit der vergangenen Sommerpause wurden im Landtag insgesamt 26 Gesetzentwürfe beraten und entschieden, außerdem 186 Anträge und 22 Änderungsanträge eingebracht. Mit insgesamt 3012 Kleinen und 8 Großen Anfragen haben sich die Fraktionen an die Staatsregierung gewandt und von ihrem Fragerecht Gebrauch gemacht. Der Landtag erfüllt damit seinen Auftrag als Parlament für Sachsen.

Ein wichtiges politisches Vorhaben, das jüngst im Landtag beraten und beschlossen wurde, sind die Neuerungen im Polizeirecht. Sie können die Debatte dazu im aktuellen Landtagskurier nachlesen. Des Weiteren berichtet das Heft über die 30. Verleihung der Verfassungsmedaille sowie über das parlamentarische Fußballturnier, zu dem der FC Landtag nach Dresden eingeladen hatte.

Ich wünsche Ihnen eine erholsame Sommerzeit und viel Freude beim Lesen des neuen Landtagskuriere.

Alexander Dierks

Alexander Dierks
Präsident des Sächsischen Landtags

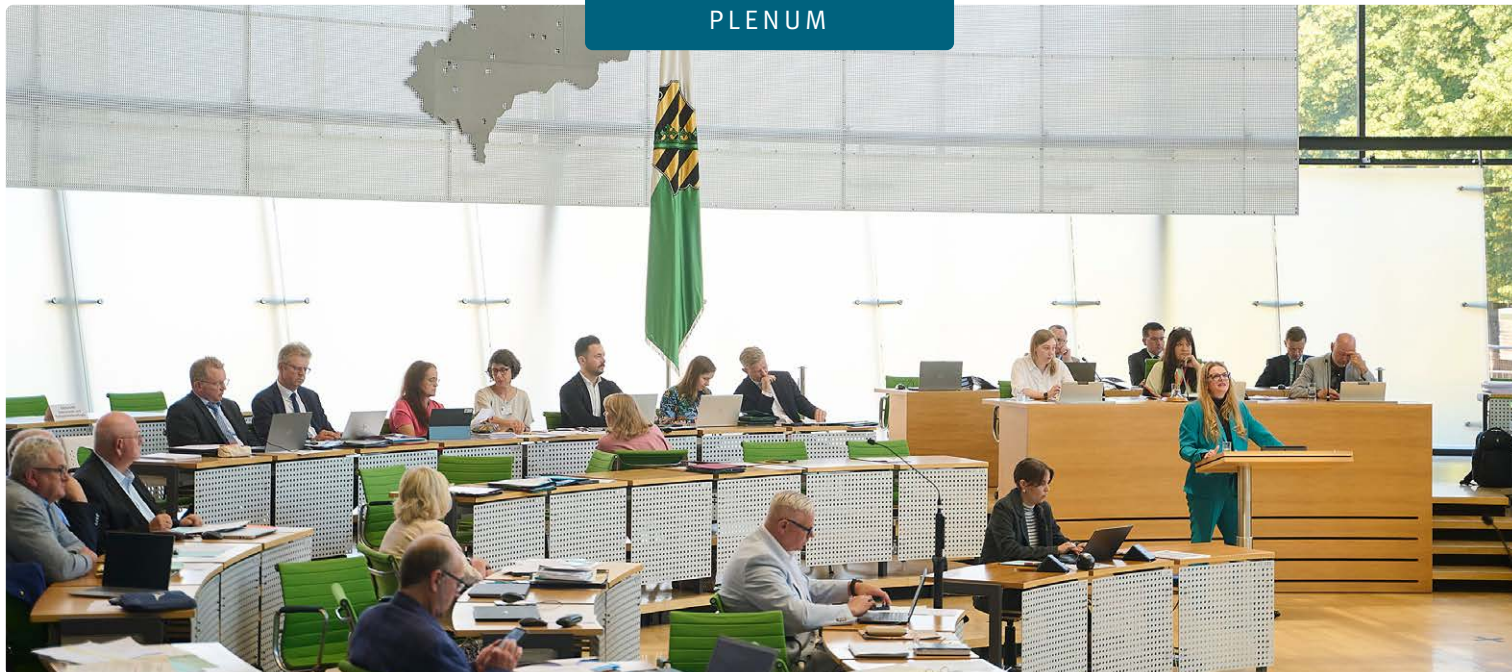


20



22

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. | Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.



Seelische Gesundheit schützen

Landtag debattiert zu Kürzungen in der Psychotherapie

30. Sitzung des Sächsischen Landtags

Die Linke: Systemausbau notwendig

Zu Beginn ihrer Rede verwies Susanne Schaper (Die Linke) auf die langen Wartezeiten in der Psychotherapie und den damit verbundenen Druck für die Patienten. Trotzdem wolle die Bundesregierung bei der gesetzlichen Krankenversicherung kürzen. Zum 1. April 2026 wurden die Honorare für ambulante Psychotherapien um 4,5 Prozent gekürzt. Die Folgen und Auswirkungen davon seien fatal. Sachsen habe 2025 mit 641 Toten ohnehin eine der höchsten Suizidraten in Deutschland ausgewiesen. Es sei folglich nicht hinnehmbar, dass bei der psychischen Versorgung gekürzt werde. Auch gab die Abgeordnete die schwierige Nachwuchsgewinnung unter diesen Rahmenbedingungen zu bedenken. Es sei nötig, das System auszubauen: mehr Therapieplätze, mehr Planungssicherheit für Praxen, mehr niedrigschwellige Angebote. Psychische Gesundheit sei kein Luxus.

In der ersten Aktuellen Debatte der Plenarsitzung am 24. Juni 2026 sprachen die Fraktionen zum Thema »Auch Psychotherapie rettet Leben: Keine Kürzungen zulasten der seelischen Gesundheit!«. Die Linke hatte den Gegenstand eingebracht.

CDU: Psychotherapie unterstützen

Dr. Sven Eppinger (CDU) beschrieb zunächst das Ziel einer Psychotherapie: Sie solle seelische Störungen und belastende Lebenssituationen lindern sowie problematische Verhaltens-

pie gekürzt habe. Seine Fraktion habe dazu eine Presseerklärung herausgegeben, in der sie sich auf die Seite der Psychotherapeuten gestellt hätten. Er hob den Wert der ambulanten Psycho-

therapie hervor: Sie spare Geld, indem hohe Folgekosten vermieden würden, beispielsweise durch weniger Krankengeldzahlungen, geringere Frühverrentungsquoten oder eine höhere Erwerbsfähigkeit. Die sächsische CDU wolle, dass Betroffene eine Versorgung erhalten, die sich an ihrem Bedarf orientiere.

»Psychische Erkrankungen sind komplex. Wir brauchen Psychotherapie zur Krankenbehandlung, wir brauchen aber auch niedrigschwellige Beratungen und Prävention.«

Denkmuster erkennen, verstehen und verändern helfen. Er erwähnte ebenfalls die hohen Suizidraten in Deutschland. Es sei schwer zu verstehen, dass der erweiterte Bewertungsausschuss die Vergütung für ambulante Psychothera-



Petra Köpping

AfD: Beispielsloser Kahlschlag

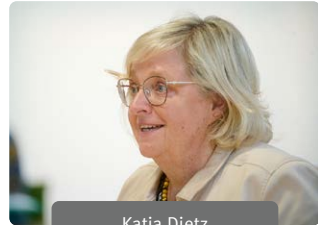
Auf die langen Wartezeiten und die Honorarkürzungen ging auch Katja Dietz (AfD) zunächst ein. Für viele Betroffene stelle eine Psychotherapie aber eine wichtige Voraussetzung dar, um den Alltag bewältigen zu können. Seit der Coronazeit sei der Bedarf an psychotherapeutischer Unterstützung stark gestiegen. Anstatt diese Versorgung zu stärken, erlebe man einen beispiellosen Kahlschlag, so die Abgeordnete. Es werde einen erheblichen Rückgang des verfügbaren Therapieangebots geben. Man rechne mit bis zu 25 Prozent weniger Behandlungskapazität. Katja Dietz hob hervor, dass es noch ein weiteres Problem gebe: Steigende Personal-, Miet- und Betriebskosten würden nicht ausreichend refinanziert. Für manche Praxen werde die Behandlung von Kassenpatienten wirtschaftlich schwieriger werden. Die Kluft zwischen Privat- und Kassenpatienten sei längst Realität.

BSW: Honorarkürzungen zurücknehmen

Auch Doreen Voigt (BSW) wies auf die steigende Zahl psychisch erkrankter Menschen und den gestiegenen Versorgungsbedarf hin. Deshalb fordere die BSW-Fraktion die Staatsregierung auf, sich im Bundesrat für eine Rücknahme der Honorarkürzungen vom April 2026 einzusetzen. Die Abgeordnete erwähnte, dass es auch noch sozialpsychiatrische Dienste, psychosoziale Kontakt- und Beratungsstellen, psychiatrische Institutsambulanzen, Kliniken sowie Suchtberatungsstellen gebe. Diese seien häufig finanziell und personell schlecht ausgestattet. Der Sächsische Landtag müsse dafür Sorge tragen, dass die notwendigen finanziellen Ressourcen



Dr. Sven Eppinger

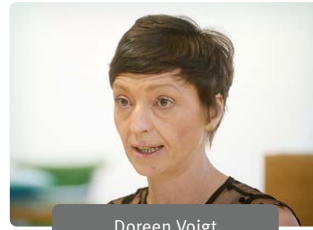


Katja Dietz

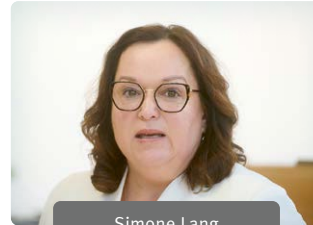
im nächsten Haushalt den Landkreisen und kreisfreien Städten zur Verfügung gestellt werden. Damit der Leitgedanke »ambulant vor stationär« Wirkung entfalten könne, müsse außerdem der ambulante Behandlungsbereich weiter ausgebaut werden.

SPD: Kein Luxus, sondern Prävention

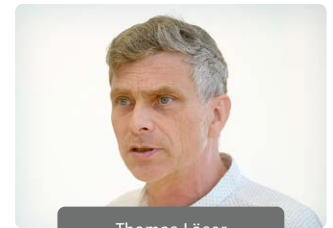
Das Versorgungssystem stehe unter starkem Druck, erwähnte Simone Lang (SPD). Sie betonte aber auch, dass die Entscheidung des erweiterten Bewertungsausschusses, die Honorare zu kürzen, in der Selbstverwaltung getroffen worden sei. Entscheidungen über den Leistungsumfang und die dazugehörige Vergütung in der gesetzlichen Krankenversicherung seien in Deutschland nicht politisch. Die Rolle des Bundesministeriums für Gesundheit würde darin bestehen zu kontrollieren, ob alles den Vorgaben des Gesetzgebers entspreche, und nach Alternativlösungen zu suchen. Die Kassenärztliche Vereinigung wolle diese Entscheidung prüfen. Die Vergütungslogik in der Psychotherapie sei eine andere als in den anderen fachärztlichen Bereichen. Ambulante Psychotherapie sei kein Luxus, sondern Prävention.



Doreen Voigt



Simone Lang



Thomas Löser



Susanne Schaper

Fotos: S. Floss

Staatsregierung: Auch Prävention stärken

Gesundheitsministerin Petra Köpping (SPD) reagierte auf die Kritik, dass nichts passiert sei, und zählte einige positive Entwicklungen auf. Beispielsweise habe sich die Zahl der niedergelassenen Psychotherapeuten von 2014 bis 2023 verändert: Im Erwachsenenbereich sei eine Steigerung von 761 auf 1224 Therapiepraxen verzeichnet worden. Des Weiteren ging sie noch einmal kurz auf das GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz ein. Sachsen habe den Antrag zum Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung gemeinsam mit anderen Ländern im Bundesrat am 12. Juni positiv beschieden. Zudem betonte die Ministerin die enge Abstimmung mit den Leitbildakteuren wie der Psychotherapeutenkammer. Darüber hinaus sei der Ausbau und die finanzielle Absicherung von Präventionsangeboten wichtig, damit Menschen sich frühzeitig Hilfe holen können.

// Dr. Maria Hofmann

Weitere Aktuelle Debatten:

Am 24. Juni diskutierten in der 30. Sitzung des Sächsischen Landtags auf Antrag der CDU-Fraktion die Abgeordneten zum Thema »Sachsens Apotheken als Eckpfeiler der Gesundheitsversorgung dauerhaft stärken.«

In der 31. Sitzung tauschten sich die Abgeordneten am 25. Juni auf Antrag der BSW-Fraktion zu dem Thema »Für eine Kultur des Arguments – Mehr Demokratie wagen!« aus. In der dritten Aktuellen Debatte von den BÜNDNISGRÜNEN stand das Thema »Historisches Erbe bewahren – keine Zerschlagung von Denkmalschutz und Archäologie in Sachsen!« im Mittelpunkt.

Demokratie braucht Mehrheiten

Abgeordnete diskutieren im Landtag zur Regierungskritik

Die dritte Aktuelle Debatte der Plenarsitzung am 24. Juni 2026 widmete sich einem von der AfD-Fraktion eingebrachten Gegenstand mit dem Titel »Linksgrüner Nasenring: Wer regiert Sachsen wirklich?«. Die Abgeordneten lieferten sich einen hitzigen Schlagabtausch zur Art und Weise des Regierens.

Jörg Urban (AfD) stieg in die Debatte mit zahlreichen Plänen ein, die seine Partei umsetzen wolle, wenn sie die nächste Wahl gewinnen würde. Man wolle u. a. die Verwaltung verkleinern und Steuergeldverschwendung beenden. Außerdem würde die Partei Gesetze und Versorgungsposten, die kein Mensch brauche, ersatzlos streichen. Aufgrund der beabsichtigten Neuverschuldung warf er der CDU vor, die Wähler betrogen zu haben.

Der AfD ginge es nur darum, Zwietracht zu säen, betonte Sören Voigt (CDU). Seit anderthalb Jahren werde Sachsen von der demokratisch legitimierten Staatsregierung aus CDU und SPD regiert. Entscheidungen würden im Parlament auf Grundlage der Verfassung getroffen. Bisher sei es stets gelungen, die notwendigen Mehrheiten für Gesetzesvorhaben zu bilden. Das politische Schlüsselwort laute Kompromissfähigkeit.

Vertrauen zurückgewinnen

Seit 35 Jahren werde Sachsen von der CDU regiert, konstatierte Lutz Richter (BSW). Seine Fraktion sehe in dieser Erstarrung das Problem. Es fehle der Mut zur Veränderung. Linke und Grüne seien wie Stützräder eines CDU-geführten Systems. Sachsen brauche einen Neustart. Eine der Herausforderungen sei es, das Vertrauen der Menschen in die Krisenbewältigungskompetenz des Staates zurückzugewinnen.

Laura Stellbrink (SPD) bezeichnete den Redebeitrag der AfD als eine Verunglimpfung demokratischer Prozesse. Die Minderheitsregierung aus CDU und SPD hätte sich mit den demokratischen Fraktionen auf ein Konsultationsverfahren verständigt. Man verhandle mit anderen Fraktionen über die parlamentarischen Initiativen. Die Staatsregierung suche so nach Mehrheiten für ihre Gesetze. Trotz unterschiedlicher politischer Ansichten bringe man das Land voran.

Steiniger Weg der Mehrheitsbildung

Valentin Lippmann (BÜNDNISGRÜNE) betonte, dass die Minderheitsregierung eine Politik mache, die an vielen Stellen nicht auf die Zustimmung seiner Fraktion trafe,

wie beim Transparenzgesetz. Er warf der AfD vor, sich nicht am Konsultationsverfahren und allem anderen in diesem Haus zu beteiligen. Die Koalition gehe den steinigsten Weg einer Mehrheitsbildung und stehe damit fest auf dem Boden der Verfassung.

Die grundlegenden Kritiken an dem AfD-Beitrag wären schon geliefert worden, erläuterte Stefan Hartmann (Die Linke). Weiter betonte er, dass die Lieblingsmahlzeit der AfD die Opferrolle sei. Jedwede Kooperation, sofern sie nicht mit der AfD stattfände, mache die Fraktion verächtlich. Er warnte zudem die CDU vor dem unzuverlässigen Abstimmungsverhalten der BSW-Fraktion im Parlament.

Eine Minderheitsregierung sei eine Herausforderung, aber eine, die sich verfassungsgemäß meistern lasse, fasste der Chef der Staatskanzlei Dr. Andreas Handschuh zusammen. Keine Staatsregierung könne ohne Zustimmung des Landtags dauerhaft erfolgreich arbeiten. Das gelte sowohl für Mehrheits- als auch für Minderheitsregierungen.

// Dr. Maria Hofmann

Jörg Urban



AKTUELLE DEBATTEN
ALS VIDEO



Sophie Koch

Europa vor der eigenen Haustür

Parlamentarier debattieren zu regionaler Europapolitik

Die Europäische Kommission plant im Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) ab 2028 eine Zentralisierung der Regionalförderung. Diese Änderung könnte zu einem Fördereinbruch in Sachsen führen. Deshalb debattierten in der Plenarsitzung am 25. Juni 2026 die Abgeordneten zu dem Thema »Starkes Sachsen in einem starken Europa: Die europäische Regionalpolitik schützen, Investitionen sichern und ländliche Räume stärken!«. Die SPD hatte dieses Thema als zweite Aktuelle Debatte beantragt.

Sophie Koch (SPD) beschrieb einige Projekte aus dem ländlichen Raum, die auch durch EU-Fördermittel realisiert wurden. Doch diese seien gefährdet. Die Europäische Kommission plane die Zentralisierung der Regionalförderung. Die Abgeordnete betonte, dass das der falsche Weg wäre. Europa dürfe den Regionen keine Kompetenzen entziehen. Ihre Fraktion fordere eine Überprüfung und Korrektur.

Eine Kurskorrektur sei notwendig, bekräftigte auch Marko Schiemann (CDU). In den letzten Jahren konnten durch EU-Gelder u. a. die Infrastruktur ausgebaut und die Agrarwirtschaft leistungsfähig gestaltet werden. Subsidiarität sei entscheidend. Auch die CDU-Fraktion fordere eine Änderung am Entwurf des EU-Haushalts. Nur starke Regionen würden zu einer starken Europäischen Union beitragen.

Fehlende transparente Nettobilanz

Thomas Thumm (AfD) betonte, dass die Skepsis in der Bevölkerung über den Umgang mit den Steuergeldern wachse. Deutschland zahle mehr Gelder an die EU,

als es rausbekomme. Diese Gelder würden vor Ort fehlen. Das sehe man u. a. an einer Infrastruktur, die vielerorts an ihre Belastungsgrenzen stoße. Es fehle eine transparente Nettobilanz, die zeige, was eingezahlt und was zurückgehalten wurde.

Für Nico Rudolph (BSW) zeichne sich in den Plänen der EU-Kommission ein Systemwechsel ab: weg von klar abgegrenzten Förderprogrammen, hin zu sogenannten nationalen und regionalen Partnerschaftsplänen. Es sei Skepsis angebracht. Das BSW stehe dafür, ländliche Regionen zu stärken, indem man ihnen Vertrauen, Mittel und Entscheidungsspielräume gebe.



Thomas Thumm

Regionale Budgets geplant

Wer Europa vor Ort stärken wolle, dürfe die Regionen nicht zu Bittstellern machen, stellte Katja Meier (BÜNDNISGRÜNE) fest. Aufgrund des Drucks der Regionen sei es deshalb ein Erfolg, dass regionale Budgets geplant würden, denn Herausforderungen entstünden in den ländlichen Räumen wie der Lausitz. Vor Ort müsse man regionale Prioritäten festlegen und die Auswahl der Projekte treffen.

Zwischen 1988 und 2020 wären rund 1,17 Billionen Euro über die EU-Strukturfonds investiert worden, um regionale Entwicklungsunterschiede in Europa zu verringern, erläuterte Stefan Hartmann (Die Linke). Die aktuelle Metastudie vom ifo Institut komme zu einem positiven Befund: Die EU-Strukturfonds wirken. Das gelte für Sachsen und Ostdeutschland besonders. Deshalb sei die von der EU-Kommission geplante Zentralisierung beunruhigend.

Landwirtschaftsminister Georg-Ludwig von Breitenbuch (CDU) zählte Beispiele auf, die zeigen, dass die EU-Regionalpolitik von enormer Bedeutung für Sachsen sei. Er unterstrich, dass Sachsen die Pläne der EU-Kommission zur Zentralisierung ablehne. Die Förderpolitik der Zukunft brauche u. a. regionale Verantwortung und regionale Gestaltungsspielräume. Man setze sich dafür ein, dass EU-Mittel ab 2028 weiter in adäquater Höhe nach Sachsen fließen.

// Dr. Maria Hofmann



Moderne Befugnisse für die sächsische Polizei

Landtag beschließt Änderungen des Polizeirechts

In seiner 30. Sitzung beschloss der 8. Sächsische Landtag das von der Staatsregierung eingebrachte »Gesetz zur Änderung polizeirechtlicher Vorschriften«. Der Landtagskurier dokumentiert die Debatte. Auf S. 10 lesen Sie einen Hintergrund zur Polizeireform.

CDU: Möglichkeiten an technische Realitäten anpassen

Man habe es sich nicht leicht gemacht, so Ronny Wähner (CDU) einleitend, den wichtigen Ausgleich zwischen erforderlicher Sicherheit und Grundrechtsschutz herzustellen. Jedoch könne Freiheit ohne Sicherheit auf Dauer nicht bestehen. In den vergangenen Jahren habe sich die Kriminalität zunehmend in verschlüsselte digitale Räume verlagert, die technische Fortentwicklung berge neue Gefährdungen. Seiner Fraktion sei es somit darum gegangen, das Recht an die technischen Möglichkeiten anzupassen und die Polizei dort zu stärken, wo sie bisher an Grenzen stoße – etwa bei der Kommunikationsüber-

wachung. Seine Fraktion bedauere indes den vom BSW ausgehandelten Verzicht auf Taser im gesamten Polizeibereich.

AfD: Begrenzung des KI-Einsatzes nötig

Hier setzte Sebastian Wippel (AfD) an. Er begrüßte, dass der Taser nach Jahren endlich Eingang in den Gesetzentwurf gefunden habe, nur um dann

gleich wieder verworfen zu werden. Die CDU habe sich hier auf einen faulen Kompromiss eingelassen. Der Taser sei aus Sicht seiner Fraktion ein sicheres, längst überfälliges Einsatzmittel. Weitere Kritik übte er an der veränderten Begriffsbestimmung der terroristischen Straftat, welche die Polizei entmächte und die Gefahrenabwehr im Bereich des politischen Terrorismus erschwere. Beim notwendigen Einsatz der KI zur Gefahrenabwehr sei die Grenze zur Totalüberwachung fließend. Die Regelung sei daher ungenügend und die Beschränkungen seien zu weit gefasst.

BSW: Befugnisse ermöglichen und abwägen

Es gehe um die grundsätzliche Frage, wie ein Rechtsstaat auf neue Formen der Kriminalität reagieren solle, hielt Bernd Rudolph (BSW) zunächst fest. Die Menschen hätten dabei den Anspruch, vom Staat vor schweren Straftaten geschützt zu werden. Das Ziel seiner Fraktion sei deshalb gewesen, der Polizei neue technische Befugnisse zu ermöglichen und zugleich Freiheit und Sicherheit im Gleichgewicht zu halten, so etwa bei der biometrischen Fernidentifizierung oder der automatisierten Datenanalyse. Es gehe stets um



Ronny Wähner



Sebastian Wippel



Bernd Rudolph

Fotos: S. Floss

klare rechtsstaatliche Grenzen und um die finale Entscheidung durch Menschen. Die Verwendung der KI-Software von Palantir lehne seine Fraktion ebenso ab wie den Einsatz von Tasern im regulären Polizeidienst.

SPD: Gewinn für Polizei und Bürger

Nicht alles, was technisch oder verfassungsrechtlich möglich sei, sei vor dem Hintergrund der Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger geboten, eröffnete Albrecht Pallas (SPD) seinen Redebeitrag. Auch seine Fraktion habe sich daher in den Verhandlungen davon leiten lassen, dass die Sicherheitsinteressen mit den Freiheitsrechten in Einklang zu bringen seien. Das gelte insbesondere für die Befugnisse zur Nutzung von KI zur Datenanalyse und die Möglichkeiten biometrischer Fernidentifizierung bei der Videoüberwachung. Mit dem neuen Gesetz werde Sachsen das Bundesland mit den detailliertesten Regelungen für die Nutzung von KI in der Polizeiarbeit sein. Seiner Meinung nach sei das ein Gewinn.

BÜNDNISGRÜNE: Angriff auf die Bürgerrechte

Das Polizeigesetz sei ein Angriff auf die Bürgerrechte, getragen von Überwachungsphantasien statt von Vernunft, kritisierte Valentin Lippmann (BÜNDNISGRÜNE). Die Minderheitsregierung peitsche schwere Angriffe auf die Bürgerrechte im Schweinsgalopp durch den Landtag. Der Gesetzentwurf

führe dazu, dass zukünftig KI über die Frage entscheiden könne, in welcher Situation vermeintlich eine Gefahr vorliege. Algorithmen befänden darüber, ob eine Person in einer Menschenmenge kontrolliert werde. Hinzu komme, dass wesentliche Teile dieses Hohen Hauses nicht hinreichend verstünden, wie KI-Systeme im Kern arbeiteten. Sachsen sei mit diesem Gesetz Vorreiter bei Freiheits Einschränkungen.

Die Linke: Keine Überwachung auf Massenlevel

Die Staatsregierung habe das Parlament mit einer absichtlich spät eingeleiteten Novellierung unter Druck gesetzt, betonte Rico Gebhardt (Die Linke). Ohnehin wäre es sachgerechter gewesen, zunächst die Vorgaben des Verfassungsgerichtshofs umzusetzen und danach das Polizeivollzugsgesetz fortzuentwickeln. Seine Fraktion könne nicht zustimmen, werde das Gesetz doch mit Überwachungsbefugnissen aufgeladen, die über das rechtlich Zulässige und rechtsstaatlich Vernünftige hinausgehen. Er bestreite nicht, dass die Polizei moderne Befugnisse brauche. Aber Überwachung auf Massenlevel durch automatische Bevölkerungsverhaltensscanner oder die biometrische Durchrasterung des Internets seien eine völlig andere Nummer.

Die Staatsregierung versuche, so Matthias Berger (fraktionslos), mit dem Polizeigesetz einen schlechten Kompromiss in die Welt zu stellen. Anstatt die ge-

äußerten Bedenken zu berücksichtigen, sei etwas zusammengeschustert worden.

Staatsregierung: Handlungsfähigkeit der Polizei stärken

Wenn der Landtag diesem Gesetzentwurf zustimme, dann setze man nicht nur Anforderungen der Rechtsprechung um, sondern berücksichtige auch

Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Augenmaß; und er stärke die Handlungsfähigkeit unserer Polizei. Es handle sich um das treffsichere Ergebnis einer fundierten Abwägung.

Dem Gesetzentwurf stimmten in namentlicher Abstimmung 60 Abgeordnete zu. Es gab 53 Nein-Stimmen und eine Enthaltung. Sechs Abgeordnete waren abwesend. Der Entwurf

»Der Gesetzentwurf stärkt die Handlungsfähigkeit unserer Polizei.«



Armin Schuster

Die gesamte Debatte finden Sie als Video unter: www.landtag.sachsen.de



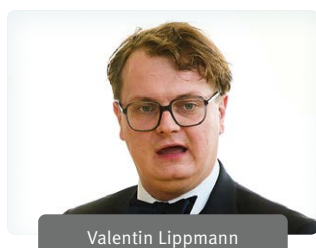
die aktuelle Sicherheitslage, führte Innenminister Armin Schuster (CDU) aus. Man gehe zudem konform mit aktuellen Polizeinovellen in vielen anderen Bundesländern. Die Anhörung renommierter Sachkundiger im Ausschuss habe dem Gesetzentwurf insgesamt ein sehr ordentliches Zeugnis ausgestellt. Er werbe daher in vollster Überzeugung dafür. Der nun vorliegende Entwurf verbinde

wurde damit vom Landtag als Gesetz beschlossen. Einen gleichlautenden Gesetzentwurf der BÜNDNISGRÜNEN, der, wie die Fraktion betonte, eine Alternative für ein bürgerrechtsfreundliches Polizeigesetz gewesen wäre, erklärte die Fraktion anschließend gemäß Geschäftsordnung für erledigt.

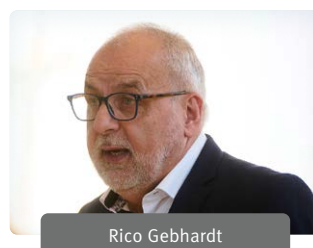
// Dr. Thomas Schubert



Albrecht Pallas



Valentin Lippmann



Rico Gebhardt

Hintergrundinformationen zur Änderung des Polizeirechts

Seit der letzten grundlegenden Novellierung des Polizeirechts im Freistaat Sachsen 2019 (Landtagskurier 3/2019) hat sich insbesondere beim Sächsischen Polizeivollzugsdienstgesetz Ergänzungs- und Änderungsbedarf ergeben. Zentrale Aspekte werden hier näher vorgestellt.

Höchstrichterliche Vorgaben und sicherheitspolitische Erfordernisse

Unter anderem aufgrund eines Urteils des Verfassungsgerichtshofs des Freistaates Sachsen vom Januar 2024 sah sich der sächsische Gesetzgeber dazu verpflichtet, bis Ende Juni 2026 ergänzende Regelungen zu einzelnen Vorschriften des Sächsischen Polizeivollzugsdienstgesetzes zu treffen. Darüber hinaus gab es gesetzlichen Änderungsbedarf, der aus dem Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD sowie aus gewachsenen sicherheitspolitischen Erfordernissen resultierte.

Ausgewählte Regelungen:

Drohneinsatz und Drohnenabwehr

Das Gesetz regelt nun den Einsatz von Drohnen durch die Polizei (zur Lageerkundung, z. B. zur Vermisstensuche oder Sichtung einer Gefahrensituation sowie zur Abwehr von Drohnen durch den Einsatz von Laser oder GPS-Störern).

Anlassbezogener Abgleich mit Internetdaten

Die Polizei erhält mit dem Gesetz die Befugnis zum Abgleich biometrischer Daten mit öffentlich zugänglichen Internetdaten. Der Abgleich verhindert, dass Täter die Anonymität des Internets nutzen, und ermöglicht zeitgemäße Polizeiarbeit.

Einsatz intelligenter Videoüberwachung

Das Gesetz eröffnet der Polizei den Einsatz intelligenter Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten. Eine spezielle Bildanalyse-Software erkennt Gefahren und mögliche Straftaten im öffentlichen Raum aufgrund

und von Bewegungsmustern, ohne Gesichter oder ethnische Merkmale zu analysieren.

Automatisierte Datenanalyse

Die neue Befugnis zur automatisierten Datenanalyse eröffnet der Polizei künftig, komplexe Datenmengen effizient auszuwerten und relevante Zusammenhänge schneller erkennen zu können. Das Gesetz ordnet dabei gleichzeitig umfangreiche grundrechts-sichernde Schutzmechanismen an.

Quellen-Telekommunikationsüberwachung

Kommunikation findet in der heutigen Zeit fast ausschließlich über verschlüsselte Messengerdienste statt. Dies nutzen auch Kriminelle. Herkömmliche Telekommunikationsüberwachung kann diese Kommunikation nicht erfassen. Mit der Quellen-TKÜ wird ermöglicht, Nachrichten vor der Verschlüsselung zu übertragen. Mit richterlicher Anordnung erhält die Polizei dazu im Einzelfall die Befugnis.

// Dr. Thomas Schubert

MEHR INFORMATIONEN



Aktuelle Änderung des Polizeirechts

Die Pandemie aus der Perspektive von Jugendlichen

Die Enquete-Kommission Pandemie lädt Jugendliche zu einer Sondersitzung in den Landtag ein

Seit Januar 2025 arbeitet eine Enquete-Kommission des Sächsischen Landtags die Coronapandemie auf. Nun sprachen Jugendliche in einer Sondersitzung am 26. Juni 2026 im Sächsischen Landtag. Hinter der Idee, Jugendliche als Sachverständige einzuladen, stand der Gedanke, nicht nur über, sondern auch mit Jugendlichen über deren Erleben der Pandemie zu sprechen.

Bereits in der Sitzung am 6. Februar 2026 berichteten zwei jugendliche Sachverständige der Bundesschülerkonferenz sowie des LandesSchüler-Rats Sachsen zum Thema Bildung. Die Einschränkungen des alltäglichen Lebens für Kinder und Jugendliche in der COVID-19-Pandemie wurden durch bisherige Sachverständige mehrfach ausgeführt. Noch immer sind die Folgen bei Kindern und Jugendlichen zu spüren. Umso wichtiger ist es deshalb, dass auch sie dazu angehört werden.

Die Auswahl der Jugendlichen

Die Geschäftsstelle der Enquete-Kommission kontaktierte 43 Organisationen in Sachsen, in denen sich Jugendliche engagieren. Anschließend wurden von den Organisationen vorgeschlagene Jugendliche von der Geschäftsstelle zu Kennlerngesprächen eingeladen. Die Jugendlichen im Alter von 16 bis 22 Jahren berichteten aus fünf Bereichen (Kultur, Schule, Sport, Vereinswesen und Jugendliche mit Barrieren), um möglichst vielfältige Einblicke geben zu können.

Helle und dunkle Seiten

In Anwesenheit der Kinder- und Jugendbeauftragten der Sächsischen Staatsregierung berichteten die Jugendlichen in der Anhörung von sehr unterschiedlichen Erfahrungen. Die Pandemie wurde nicht ausschließlich negativ aufgefasst. Es gab durchaus auch positive Aspekte, beispielsweise mehr Zeit für ehrenamtliche Tätigkeiten oder die zunehmenden Möglichkeiten der Digitalisierung. Auch die gesteigerte Kreativität zur Umsetzung von Trainings oder Proben im Rahmen der geltenden Maßnahmen wurden positiv angemerkt. Aber es wurde auch viel Negatives berichtet. Zum Beispiel verlagerte sich die Schule in den privaten Raum, soziale Unterschiede kamen zum Vorschein und wurden verstärkt.

Das betraf unter anderem das Vorhandensein von technischen Endgeräten, einer Internetverbindung oder einer ruhigen Lernumgebung. Hinzu kam der erhöhte Leistungsdruck im Schulalltag.

Sport, Musik und Vereinsaktivitäten stellten emotionale Ausgleichsmöglichkeiten sowie einen Platz für Freundschaft und Gemeinschaft dar. Begeg-



Jugendliche erzählen in der öffentlichen Anhörung von ihren Erlebnissen während der Coronapandemie.

Foto: S. Flüßel

nung wurde als genauso wichtig wie schulische Lerninhalte eingeschätzt.

Wenig vorhandene Tagesstrukturen und fehlender Schulalltag führten zu negativen Auswirkungen. Psychische Probleme verstärkten sich, die Einsamkeit unter Jugendlichen nahm zu. Die Copsy-Studie belegt, dass sich der Anteil von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Auffälligkeiten in etwa verdoppelt hat und von 17,6 Prozent vor der Pandemie auf über 30 Prozent während der Pandemie stieg. Zudem hat sich ihr Gesundheitsverhalten verschlechtert. Zur Prävention psychischer Erkrankungen

ist neben Psychoedukation – der Aufklärung über diese und deren Bewältigung – auch die Unterstützung durch Fachkräfte der Schulsozialarbeit und Schulpsychologie sowie der Eltern wichtig.

Die Kommissionsmitglieder resümieren: Es muss mit Kindern und Jugendlichen gesprochen werden, nicht nur über sie – vor und während Krisenzeiten. Auch muss die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen priorisiert berücksichtigt werden.

// Anna Lena Hölken-Schubert
und Natalie Rödel

AKTUELLE GESETZGEBUNG

Stand: 24.06.2026

TITEL | EINBRINGER | AUSSCHUSS

ERLÄUTERUNG

STATUS

Gesetz zur Beschleunigung der Verfahren im Straßenrecht und im Umweltverträglichkeitsprüfungsrecht

8/5066 | Staatsregierung

Ausschuss für Infrastruktur und Landesentwicklung

Mit dem Gesetz wird das Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinfacht und beschleunigt. Die Änderungen im Sächsischen Straßengesetz erlauben etwa, marode Brücken ohne Planfeststellungsverfahren im Rahmen der Unterhaltung zu ersetzen.



Gesetz zur Änderung polizeirechtlicher Vorschriften

8/6142 | Staatsregierung

Ffd.: Ausschuss für Inneres, Kommunales und Sport

Mit dem Gesetz werden bundes- und landesverfassungsgerichtliche Vorgaben an verdeckte Überwachungsmaßnahmen und an die Datenweiterverarbeitung umgesetzt. Daneben sind neue Befugnisse für den Polizeivollzugsdienst vorgesehen, etwa zur Abwehr von Drohnen oder zur intelligenten Videoüberwachung.



Gesetz zur Änderung polizeirechtlicher Vorschriften

8/6747 | BÜNDNISGRÜNE

Ffd.: Ausschuss für Inneres, Kommunales und Sport

Mit dem Gesetzentwurf sollten verfassungsgerichtliche Vorgaben an bestimmten Befugnisregelungen und an die Datenweiterverarbeitung umgesetzt werden. Zudem sollten neue Befugnisse für die Drohnenabwehr und ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung häuslicher Gewalt geregelt werden.



Fünftes Gesetz zur Änderung der Sächsischen Bauordnung

8/7242 | AfD

Ffd.: Ausschuss für Infrastruktur und Landesentwicklung

Der Entwurf sieht eine Installationspflicht von automatischen Löschanlagen in Windenergieanlagen in Waldnähe vor. In Wäldern ab mittlerem Waldbrandrisiko wird der Betrieb der Anlagen untersagt.



Gesetz zur Änderung jagdrechtlicher und naturschutzrechtlicher Vorschriften

8/7252 | CDU, BSW und SPD

Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft

Der Gesetzentwurf dient der Umsetzung der Vorgaben des Bundesjagdgesetzes in Landesrecht zum Umgang mit der Tierart Wolf. Geregelt werden etwa behördliche Zuständigkeiten und der Schadensausgleich.



Gesetz zur Ausweitung des Mindestabstandsgebots für Spielhallen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen im Freistaat Sachsen

8/7272 | BSW

Voraussichtlich Ffd.: Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Der Abstand von Spielhallen zu allgemeinbildenden Schulen von 250 Metern Luftlinie soll auf weitere Schulen, Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie der stationären Jugendhilfe und auf öffentliche Spiel- und Sportplätze ausgeweitet werden.



Sechstes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Schulgesetzes

8/7322 | AfD

Ausschuss für Schule und Bildung

Mit dem Änderungsvorhaben soll der Einsatz externer öffentlicher Institutionen und gesellschaftlicher Partner erst nach Einwilligung der Schulaufsichtsbehörde möglich sein. Im Rahmen der Familien- und Sexualerziehung wird die Zustimmung der Eltern vorausgesetzt.



angenommen



für erledigt erklärt



neu im parlamentarischen Verfahren

// Rüdiger Soster



Nähere Informationen unter
<https://edas.landtag.sachsen.de/redas/>

DEMOKRATIE BRAUCHT UNTERSTÜTZER



Sie sind umtriebig, packen an und geben ihren Mitmenschen Mut und Hoffnung – Mit diesen Worten lassen sich die sechs Persönlichkeiten beschreiben, die dieses Jahr die sächsische Verfassungsmedaille erhalten haben. Ihr Engagement bereichert das sächsische Gemeinwesen. Seit 1997 verleiht der Landtagspräsident diese Auszeichnung an Bürgerinnen und Bürger, die sich für Sachsen starkgemacht haben.

Die Preisträger der Verfassungsmedaille
im Dresdner Ständehaus



Schüler des Landesmusikgymnasiums umrahmten die Veranstaltung musikalisch.

»Für andere und für unsere Gesellschaft«

30. Verleihung der Sächsischen Verfassungsmedaille 2026

Die sächsische Demokratie lebt von Menschen, die sich für die freie Gesellschaft einsetzen. Um dieses Engagement zu würdigen, verlieh Landtagspräsident Alexander Dierks am 30. Mai 2026 im Großen Saal des Dresdner Ständehauses die Sächsische Verfassungsmedaille.



Alexander Dierks

Die Ärmel hochkrempeln und anpacken, ins Gespräch kommen, hinschauen, wo andere wegsehen, sich aktiv für Freiheit und Demokratie einsetzen: Das sächsische Gemeinwesen ist ohne soziales, künstlerisches, wissenschaftliches, wirtschaftliches und politisches Engagement nicht denkbar. Seit 1997 verleiht der Präsident des Sächsischen Landtags die Sächsische Verfassungsmedaille jährlich an Bürgerinnen und Bürger, die sich in besonderer Weise um die freiheitlich-demokratische Entwicklung des Freistaats Sachsen verdient gemacht haben. Sie ist neben dem Sächsischen Verdienstorden die wichtigste staatliche Auszeichnung. Die diesjährigen Preisträger stammen aus Chemnitz, Dresden, Meißen, Nünchritz, Plauen und Ullersdorf.

»Für den wirklichen Erfolg unserer Demokratie sorgen Menschen, die sich über lange Zeit mit großem Engagement

für andere und für unsere Gesellschaft einsetzen«, betonte Landtagspräsident Alexander Dierks in seiner Eröffnungsrede.

ZUM NACHLESEN



Für besondere Verdienste: Die Sächsische Verfassungsmedaille besteht aus massivem Silber.



Olaf Raschke

Rainer Striebel

Cathrin Schauer-Kelpin

Felicitas Loewe

Konrad Adolph

Linda Hüttner

Die Geehrten im Großen Saal des Ständehauses

KONRAD ADOLPH (Nünchritz)

Der Nünchritzer Pfarrer Konrad Adolph trug maßgeblich zur Aufklärung von Schicksalen Tausender jüdischer Menschen aus Sachsen bei. Er recherchiert seit Jahrzehnten im In- und Ausland zu persönlichen Geschichten sächsischer Jüdinnen und Juden, die dem Nationalsozialismus auf unterschiedlichste Weise zum Opfer gefallen sind. Konrad Adolph gab den Vergesenen und Verschollenen auf diese Weise ihre Stimme zurück.

LINDA HÜTTNER (Chemnitz)

Für ihr ehrenamtliches Wirken in Chemnitz wurde die Unternehmerin Linda Hüttner geehrt. Neben ihrem Berufsalltag übernimmt sie Verantwortung und

bringt sich auf vielseitige Weise in die Stadtgesellschaft ein. Unter anderem initiierte sie das Lichtkunstfestival »Light our Vision« mit und machte dadurch das architektonische Erbe ihrer Heimatstadt sichtbar. Zudem engagiert sie sich für die Jugend- und Kulturszene und die gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen.

CATHRIN SCHAUER-KELPIN (Plauen)

Als Geschäftsführerin des Vereins KARO e.V. in Plauen setzt sich Cathrin Schauer-Kelpin seit Jahrzehnten gegen sexualisierte Gewalt und Ausbeutung von Frauen, Kindern und Jugendlichen ein. Sie schau hin, wo andere wegsehen, hob Alexander Dierks in seiner Laudatio hervor. Durch ihre herausragende Arbeit entstanden zahlreiche

Schutz-, Beratungs- und Ausstiegsstrukturen für Betroffene.

FELICITAS LOEWE (Dresden)

Felicitas Loewe erhielt die Verfassungsmedaille für ihre außerordentlichen Verdienste um das Kinder- und Jugendtheater in Deutschland und Sachsen. Die frühere Intendantin des Dresdner Theaters »Junge Generation« vermittelt Kindern und Jugendlichen die Faszination für Kultur und Theater. Durch ihre Arbeit können junge Menschen beteiligt und gehört werden.

OLAF RASCHKE (Meißen)

Olaf Raschke leistete in seiner 21-jährigen Amtszeit als Meißner Oberbürgermeister herausragende

kommunalpolitische Arbeit. So konsolidierte er unter anderem die städtischen Finanzen und warb umfangreiche Fördermittel ein. Der Kommunalpolitiker prägte die Entwicklung der historischen Altstadt Meißens und stärkte den Tourismus in seiner Heimat.

RAINER STRIEBEL (Ullersdorf)

Für seinen herausragenden Einsatz um die medizinische Versorgung in Sachsen wurde Rainer Striebel aus Ullersdorf mit der Sächsischen Verfassungsmedaille geehrt. Seit Jahrzehnten steht der ehemalige Vorstandschef der AOK Plus für ein ausgleichendes und kooperatives Miteinander im Gesundheitswesen ein und engagiert sich ehrenamtlich für die Deutsche Stiftung Kranke Neugeborene.

// Redaktion



Fotos: T. Schörke



Politik am Ball

II. Parlamentarisches Fußballturnier des Freistaates Sachsen

Zehn Mannschaften aus den verschiedensten Ecken Sachsens trafen im Heinz-Steyer-Stadion in Dresden zusammen. Zwischen strahlendem Sonnenschein und Platzregen erlebten die Spieler ein Wechselbad der Gefühle. Die Motivation war hoch, den begehrten Wanderpokal zu gewinnen.

Eröffnet wurde das Turnier mit einem Ehrenanstoß durch Landtagspräsident Alexander Dierks, Sachsens Sportminister Armin Schuster, dem Sportbürgermeister Dresdens, Jan Donhauser, sowie durch Marko Schiemann, dem Vereinspräsidenten des FC Landtag.

Neben seiner offiziellen Rolle als Landtagspräsident unterstützte Alexander Dierks auch als Spieler tatkräftig seine Fußballmannschaft, den FC Land-

Fairplay, Respekt, Verantwortung – Werte, die in der Politik, aber auch auf dem Fußballplatz eine wichtige Rolle spielen. Wie eng beide Bereiche miteinander verbunden sein können, zeigte sich am 5. Juni 2026 beim zweiten Parlamentarischen Fußballturnier, zu dem die Fußballmannschaft des Sächsischen Landtags (FC Landtag) eingeladen hatte.

tag. Dieser besteht aus Abgeordneten aller Fraktionen, Mitarbeitern der Landtagsverwaltung und der Staatsregierung. Eine bunte Mischung also, mit dem Ziel, zusammenzuhalten und gemeinsam das Beste zu geben.

Während des Turniers erlebten die Zuschauer einige Höhepunkte, bei denen die Spieler beachtliche sportliche Leistungen zeigten. Aber am Ende kann es nur einen Sieger geben. Die Mannschaft aus dem Erzgebirgskreis gewann das Endspiel gegen das Team aus Görlitz mit 1:0.

Den dritten Platz belegte die Traditionsmannschaft »Atze & Friends«, die sich im Neunmeterschießen gegen den Vorjahresmeister, die Stadt Dresden, durchsetzen konnte.

Der FC Landtag zeigte sich als guter Gastgeber. Nach einem

starken Sieg im Auftaktspiel mit 3:2 gegen das Landratsamt (LRA) Meißen, mussten sich die Parlamentskicker in den anderen Vorrundenspielen knapp geschlagen geben: gegen das LRA Bautzen (0:1), gegen die Stadt Dresden (0:2) und gegen das LRA Görlitz (0:2).

Gewonnen hat in jedem Fall die Blinden- und Sehbehindertenhilfe Großenhain, an die die Startgelder des Turniers gespendet wurden. Und neben Spaß am Spiel konnte am Ende des Tages erneut festgestellt werden: Sport und Politik liegen näher, als es oft zu scheinen mag, und teilen die Werte, die unsere demokratische Gesellschaft so stark und wertvoll machen.



// Redaktion



Vielen Dank für Ihren Dienst!

Diskussion zum Umgang mit Veteranen

Eine Veranstaltung im Militärgeschichtlichen Museum der Bundeswehr stellte anlässlich des 2. Nationalen Veteranentags am 15. Juni 2026 die Situation der Veteraninnen und Veteranen in Deutschland zur Diskussion.

Er rahmte die Veranstaltung musikalisch ein, der Singer und Songwriter Jesse Cole. In seinen Liedern zeigt er das Licht und den Schatten auf, die sich im Veteranentag verbinden: einerseits das Würdigen des Dienstes aktiver und ehemaliger Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, andererseits das ehrende Andenken an die Gefallenen und der gesellschaftliche Umgang mit den Einsatzverletzten.

In diesem Spannungsfeld bewegte sich die Podiumsdiskussion, moderiert von Oberst Dr. Dr. Rudolf Schlaffer, dem Direktor des Museums. Gern habe er die Schirmherrschaft über die Veranstaltung übernommen, so Landtagspräsident Alexander Dierks. Ihm sei der Dank an die Veteraninnen und Veteranen für die Verteidigung

unserer Werte und unserer Demokratie, gegebenenfalls unter Einsatz des eigenen Lebens, ein tiefes Anliegen.

Von den Traumata und den erheblichen Schwierigkeiten im Alltag der an einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) erkrankten Veteranen berichtete Sandra Thamm. Die Ehefrau eines Einsatzverletzten und Gründerin eines Vereins für angehörige traumatisierter Einsatzveteranen und Einsatzkräfte (A.T.E.K. e. V.) appellierte an die militärischen Führungskräfte, das Thema nicht kleinzureden und mehr Fürsorge walten zu lassen.

Der Veteranentag schaffe Öffentlichkeit für dieses wichtige Thema, betonte Dunja Neukam (Stabsfeldwebel a. D.) vom Bund Deutscher EinsatzVeterna-



Der Sänger Jesse Cole umrahmte die Veranstaltung mit seinen Liedern.

Das Video zur Veranstaltung finden Sie auf dem Youtube-Kanal des Militärgeschichtlichen Museums der Bundeswehr Dresden.



Fotos: T. Schlarke

nen. Lange seien PTBS und die seelische Verwundung ehemaliger Soldaten nicht ernst genommen worden. Ihr Verein habe sich 2010 gegründet, um darauf hinzuweisen. Obgleich mittlerweile bei Bundeswehr und Politik ein Umdenken eingesetzt habe, bestünde in der Versorgung der Betroffenen noch erheblicher Verbesserungsbedarf.

Keine einfache Aufgabe fiel Kapitän zur See Stephan Küttler zu, dem Leiter des Referats für Veteranenangelegenheiten im

Verteidigungsministerium. Danach gefragt, was die Bundeswehr tue, um zu helfen, wies er auf bestehende Angebote hin, wie das psychosoziale Netzwerk oder die psychologische Einsatzbetreuung. Die Bundeswehr habe sich dem Thema verstärkt zugewandt und leiste hier unterdessen eine ganze Menge.

// Dr. Thomas Schubert

Kurz informiert

Foto: Gedenkstätte Hoheneck



Die Vereinsvorsitzende des Frauenkreises spricht zum Aktionstag.

Erinnerungskultur pflegen

Am 13. Juni 2026 fand der jährliche Aktionstag des Frauenkreises der ehemaligen Hoheneckerinnen in der Gedenkstätte Hoheneck statt. In einem Grußwort würdigte Landtagspräsident Alexander Dierks die Arbeit des Vereins. Seit 1991 leisten die einstigen politischen Gefangenen mit ihrer Arbeit einen Beitrag zur Erinnerung und Aufarbeitung der SED-Diktatur. Anschließend kam Dierks mit den Anwesenden ins Gespräch, besuchte die Dauerausstellung und legte einen Kranz nieder. In dem einstigen DDR-Frauengefängnis wurden politisch Inhaftierte unter unwürdigen Bedingungen untergebracht. Heute erinnert eine Gedenkstätte mit Dauerausstellung an die Schicksale der Gefangenen.

Anlässlich des Gedenkens an den Volksaufstand in der DDR würdigte Landtagspräsident Alexander Dierks am 17. Juni 2026 bei mehreren Veranstaltungen den Mut der Menschen von damals. Sie gingen 1953 in einer Diktatur auf die Straßen und traten für Freiheit und Mitbestimmung ein. An der Panzerkette auf dem Dresdner Postplatz sprach er ein Grußwort und legte einen Kranz nieder. Nachmittags hielt der Landtagspräsident eine Rede auf der Gedenkfeier in Leipzig. Die Gedenkstätte Museum in der »Runden Ecke« richtet gemeinsam mit der Vereinigung für die Opfer des Stalinismus die jährliche Veranstaltung zum Gedenken an die Opfer des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 aus.

Foto: Gedenkstätte Museum in der »Runden Ecke« (GMRE)



Gedenkveranstaltung in Leipzig

MEHR INFORMATIONEN



Gedenkstätte
Hoheneck



Gedenkstätte
Museum in der
»Runden Ecke«

Foto: Landtag



Plakatausstellung im Sächsischen Landtag

Vom 11. Juni bis 7. August 2026 ist im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags die Ausstellung »Mauern. Gitter. Stacheldraht – Politische Verfolgung in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR« zu sehen. Die Repressionen zwischen 1945 und 1990 waren vielseitig. Leidtragende waren meist junge Menschen, die wegen ihrer Einstellung oder Lebensweise in Konflikt mit dem Staat gerieten. Die Ausstellung der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) gibt ihnen auf 17 Tafeln und mit mehr als 50 Fotografien ein Gesicht. Der Bürgerrechtler Alexander Bauersfeld, selbst ehemaliger politischer Gefangener in der DDR, betreut seit Jahren die Ausstellung und traf sich zu einem Gespräch mit Landtagspräsident Alexander Dierks im Bürgerfoyer.



Foto: S. Floss

Neu erschienen – Sächsische Verfassung in Leichter Sprache

Landtagspräsident Alexander Dierks und der Landesbeauftragte für die Inklusion der Menschen mit Behinderungen Michael Welsch stellten am 16. Juni 2026 im Sächsischen Landtag die Verfassung in Leichter Sprache vor. Sie ermöglicht insbesondere Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen, geringen Deutschkenntnissen oder anderen Verständnishaften einen besseren Zugang zu den grundlegenden Regeln des sächsischen Staatswesens. Sachsen ist nach Baden-Württemberg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen das vierte Bundesland, das seine Verfassung auch in Leichter Sprache herausgegeben hat.

PARLAMENT FÜR JUNGE LEUTE

Der Sächsische Landtag unterstützt Veranstaltungsformate für junge Menschen, die das Ziel haben, Demokratie zu verstehen, zu erleben und mitzugestalten. Es sollen Räume eröffnet werden, in denen sie die Möglichkeit zur Selbstwirksamkeit erfahren. Jugendliche und junge Erwachsene können sich nicht nur in demokratischer Meinungsäußerung üben, sondern auch den Sächsischen Landtag kennenlernen.

Foto: T. Schlorke

Landtag statt Klassenzimmer –
Zwei Schülerinnen engagieren sich
für einen Tag im Parlament.

JUGEND BEWEGT POLITIK

Vielfältiges Veranstaltungsprogramm für Jugendliche im Sächsischen Landtag

Landespolitik und -geschichte betrifft alle, Jung und Alt. Dem Sächsischen Landtag sind besonders die bildungspolitischen Angebote wichtig, in denen junge Menschen lernen, Positionen zu beziehen und sich in die Gesellschaft einzubringen. Jugendliche sollen nicht nur Wissen erhalten, sondern auch für ihren Einsatz Würdigung erfahren.



1

DIE UNO IM PLENARSAAL

Vom 21. bis 24. Mai 2026 fand erneut das Planspiel »elbMUN« (Elbe Model United Nations) statt, bei dem Studierende und politisch Interessierte in die Rolle von Delegierten schlüpften und die Arbeit der Vereinten Nationen simulierten. Als Vertreter unterschiedlichster Staaten trafen sie am 22. Mai im

Plenarsaal des Sächsischen Landtags zusammen und debattierten darüber, wie der Zugang zu medizinischer Versorgung weltweit verbessert werden kann. Mit dabei war auch Landtagspräsident Alexander Dierks, der die bedeutende Rolle der Vereinten Nationen hervorhob. Er war beeindruckt vom Engagement und der Diskussionsfreude der Teilnehmenden.

Foto: Landtag

VIelfalt JÜDISCHEN LEBENS – LEO-TREPP-SCHÜLERPREIS 2026

Jüdisches Leben besser verstehen, Vorurteile abbauen und sich mit Fragen rund um das Judentum auseinandersetzen – darum geht es beim Leo-Trepp-Schülerpreis. Er wird jährlich von der Leo-Trepp-Stiftung vergeben und ehrt Schüler, die sich in Projekten mit Fragestellungen rund um das jüdische Leben auseinandersetzen. Die diesjährige Preisverleihung fand passend zum Jahr der jüdischen Kultur in Sachsen mit dem Titel »Tacheles« am 16. Juni 2026 im Plenarsaal des Sächsischen Landtags statt. Hausherr Alexander Dierks würdigte die Teilnehmer dafür, jüdisches Leben durch ihre Projekte sichtbar gemacht zu haben. Stiftungsgründerin Gundula Trepp dankte allen Beteiligten: »Ihr sucht den Menschen in euren Arbeiten.« Den ersten Platz belegten in diesem Jahr vier Schülerinnen des Augustum-Annen-Gymnasiums Görlitz.

Foto: SMK/Lynn Winkler



2

AKTIONSTAG »GENIALSOZIAL« – LANDTAG STATT KLASSENZIMMER

Am 30. Juni 2026 war der Sächsische Landtag erstmals Teil des Aktionstags »genialsozial – Deine Arbeit gegen Armut«. Bei diesem Projekt tauschen Schülerinnen und Schüler für einen Tag die Schulbank gegen einen Arbeitsplatz und unterstützen mit ihrem Lohn soziale Projekte. Beim Sächsischen Landtag konnten die beiden Schülerinnen Alva-Sophie und Alina die Arbeit der Landtagsverwaltung kennenlernen und einen Blick hinter die Kulissen werfen. Nach einer kurzen Einführung in die Arbeit der Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Protokoll und Besucherdienst nahmen die beiden Mädchen selbst an einer Führung durch das Gebäude teil und konnten dabei ihre Fragen loswerden. Bei einem Gespräch mit dem Landtagspräsidenten Alexander Dierks lobte dieser das Engagement und Interesse der beiden Schülerinnen. Des Weiteren erhielten die beiden noch einen Einblick in die Öffentlichkeitsarbeit des Sächsischen

Landtags. Den Mädchen wurden die offizielle Website und einige Jugendpublikationen vorgestellt. Dann griffen sie selbst zum Stift, um einer treuen Abonnentin der Landtagsbroschüren handschriftliche Grüße zu überbringen. Als letzten Punkt lernten sie außerdem noch, wie Social Media im Sächsischen Landtag funktioniert und wie dieser über Instagram und Co. präsentiert wird. Hier durften sie sich einmal selbst hinter der Kamera ausprobieren.



3

Foto: T. Schlorke

// Redaktion



Die sächsische Delegation mit dem Landtagspräsidenten Niederösterreichs

Vom Austausch profitieren

Delegations- und Ausschussreise nach Österreich und in die Niederlande

Die Abgeordneten des Sächsischen Landtags können neben ihrer Arbeit vor Ort, in verschiedene Länder zu reisen. Dabei erhalten sie nicht nur fachliche Impulse, sondern können sehen, wie Gesetze oder Projekte in anderen Regionen in der Praxis funktionieren. Außerdem stärken sie dadurch gute Partnerschaften zu anderen Ländern.

Eine Delegationsgruppe des Sächsischen Landtags besuchte vom 8. bis 10. Juni 2026 das Partnerparlament in Niederösterreich. Es ist das zweitgrößte Bundesland der Republik Österreich. Seit 1992 besteht der enge Kontakt zwischen beiden Parlamenten. Die Abgeordneten tauschen sich regelmäßig zu verschiedenen Themen wie Energiepolitik, Tourismus oder Regionalentwicklung aus. In St. Pölten wurde die sächsische Delegationsgruppe unter Leitung von Landtagspräsident Alexander Dierks vom niederösterreichischen Landtagspräsidenten Karl Wilfing entsprechend herzlich empfangen.

Vergleichbare Schwerpunkte

Im Laufe des Besuchs wurde immer wieder deutlich, dass

Sachsen und Niederösterreich auch inhaltlich in vielen Politikbereichen vergleichbare Schwerpunkte setzen. So ging es bei dem Besuch eines Biomasseheizwerkes u. a. um die Energiewende und die Versorgungspolitik. Auch Regionalentwicklung, Tourismus und Naturschutz standen auf dem Programm.

In Herzogenburg kam die Delegation mit Claus Zeppelzauer, dem Geschäftsführer der Wirtschaftsagentur Ecoplus, ins Gespräch. Die Agentur unterstützt regionale Start-ups und Technopole. Im Mittelpunkt standen auch das Unternehmen Hydrosolid sowie das Thema Wasserstoff. Eine Führung durch das Stift Heiligenkreuz rundete die Delegationsreise mit einem Einblick in die Geschichte Niederösterreichs ab.

Niederländische Impulse für die sächsische Politik

Vom 17. bis 22. Mai 2026 reisten die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt in die Niederlande. In Utrecht, Amsterdam und Den Haag konnte die Gruppe einen breiten Einblick in die Sozial- und Gesundheitspolitik der Niederlande gewinnen. Sie besuchten u. a. das Amsterdam Health & Technology Institute. Diese Einrichtung verbindet Gesundheitsdaten mit sozioökonomischen Erkenntnissen, da Faktoren wie Verschuldung und Jobsicherheit Einfluss auf die Gesundheit haben. Nicht nur bei diesem Termin wurde deutlich, wie weit die Digitalisierung in den Niederlanden bereits fortgeschritten ist.

Innovative Konzepte zum Altern

Die Stadt Den Haag stellte das Projekt Age-Friendly vor, mit dem das Leben älterer Einwohner angenehmer gestaltet



Mitglieder des Ausschusses vor der Deutschen Botschaft in Den Haag

werden soll. Dazu werden beispielsweise Wohngemeinschaften für ältere Menschen eingerichtet, um Einsamkeit zu lindern. Zudem stellt die Stadt eine Art Handbuch für Senioren zur Verfügung, in dem etwa über Gesundheitsprävention und Anlaufstellen bei Problemen informiert wird. Die Reise endete mit einem Gespräch mit dem Deutschen Botschafter in den Niederlanden, der Einblicke in die enge Zusammenarbeit der Nachbarstaaten bot.

// Redaktion und Jonas Böhm

Teil 2

Graf Detlev von Einsiedel und sein Wirken auf den sächsischen Landtagen

Teil 2: Die Machtprobe zwischen Regierung und Landtag 1820/21

Graf Detlev von Einsiedel (1773–1861) zählt zu den prägendsten Gestalten der sächsischen Geschichte im frühen 19. Jahrhundert. Von 1799 bis 1830 gehörte Einsiedel als Rittergutsbesitzer dem Landtag an und profilierte sich als versierter Finanzpolitiker (Landtagskurier 2/2026). Ab 1815 baute er seine Machtposition als Minister kontinuierlich aus. Sie endete mit dem Sturz seiner Regierung 1830 und inmitten von Konflikten, die auch im Landtag hohe Wellen schlugen.

Bewahrer der alten Ordnung

Mit dem Wiener Kongress 1815 hatte Sachsen 40 Prozent seiner Bevölkerung und fast 60 Prozent seiner Fläche verloren. Nach der Rückkehr aus preußischer Gefangenschaft stand Einsiedel daher vor der Herausforderung, die Existenz des geschwächten Staates dauerhaft zu sichern. Dazu verfolgte er einen streng konservativen Kurs, der die alte, »gottgegebene« politische Ordnung beibehalten wollte. Zu den langfristig sichtbaren Erfolgen seiner Politik zählten die finanzielle Konsolidierung des quasi bankrotten Staates mittels einer durchdachten Schuldentilgung, die Rehabilitierung der Wettiner im Kreis des europäischen Hochadels und die Eingliederung Sachsens als verlässliches Mitglied des Deutschen Bundes. Im Gegenzug verzichtete Einsiedel auf eine aktive Außenpolitik, unterband alle Initiativen zu einer modernen Verfassungsgebung und behinderte bürgerliche Emanzipationsbestrebungen,

sodass er mit fortschreitender Amtszeit in der Öffentlichkeit immer mehr als Bremser des gesellschaftlichen Fortschritts und schließlich als Symbolfigur der politischen Stagnation wahrgenommen wurde.

Monopolisierung der Macht

Im Landtag, der sich traditionell als die zweite Säule des Staates neben dem Monarchen verstand, blickte man nicht nur auf den Unwillen zu Reformen mit Sorge. Vor allem beunruhigte der stetige Machtaufbau des Ministers, den dieser faktisch zur Alleinherrschaft steigerte. Der französische Gesandte in Dresden spottete einmal darüber, indem er erklärte, Sachsen sei kein Staat, sondern »eine Einsiedelei«.

Tatsächlich gelang es Einsiedel, mit dem Geheimen Konsilium 1817 eine Behörde aufzulösen, die in besonderer Weise die Herrschaftsteilhabe der Landstände repräsentierte. Den weiter bestehenden Geheimen

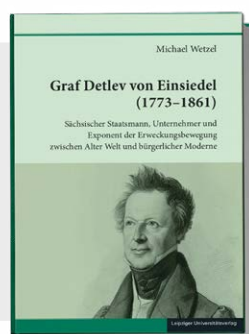
Rat reduzierte er auf beratende Befugnisse. Anstelle von Fachministerien und Ministerverantwortlichkeit monopolisierte Einsiedel seine Macht, was sich strukturell im Fehlen jeglicher Kontroll- oder Korrekturfunktion zeigte.

Transparenzforderungen im Landtag

Der Landtag begehrte gegen den forschen Umbau der Entscheidungshierarchien schon 1817 auf. Zahlreiche Protestschriften wurden verfasst, doch gelang es Einsiedel, die Debatte zu verschleppen.

Umso heftiger opponierte dann allerdings der Folgelandtag, der am 15. Oktober 1820 eröffnet und am 11. Juni 1821 geschlossen wurde. Schon die ungewöhnlich lange Zeitdauer des Landtags deutet an, dass hier leidenschaftlich gekämpft wurde. Als Kernforderungen dieses Landtags artikulierten die Abgeordneten eine Veröffentlichung des Staatshaushalts und den Abdruck der Landtagsverhandlungen. Die Landespolitik sollte öffentlicher und transparenter werden.

Zum Wortführer dieser Anträge und weiterer Begehren, die auf die Vorbildfunktion der modernen Verfassungsstaaten Süddeutschlands abzielten, machte sich der Leipziger Universitätsabgeordnete Traugott Wilhelm Krug, der u. a. für ein Einkammerparlament eintrat. Einsiedel sah durch solche Forderungen die Stabilität des Staates entschieden gefährdet.



Das Buch von PD Dr. Michael Wetzel über **Graf Detlev von Einsiedel (1773–1861)** ist 2023 im Leipziger Universitätsverlag erschienen. Es umfasst 393 Seiten. ISBN 978-3-96023-550-7



Ein früher Geldschein von 1815. Graf von Einsiedel führte die sogenannten Cassenbilletts ein, um den Staatshaushalt damit wieder zu stabilisieren.

Der Druck der Landtagsschriften »die Waffe aller Jacobiner« und »der fast drohende Ton«, mit dem die liberalen Abgeordneten ihre Anträge einreichten, sei ein Angriff auf die landesväterliche Fürsorge des Königs. Mit dem Philosophieprofessor Krug und dem Kabinettsminister Einsiedel »duellierten« sich auf dem Landtag 1820/21 gewissermaßen die Antipoden des vormärzlichen politischen Denkens in Sachsen.

Doppelrolle in der Debatte

Dabei agierte Einsiedel aus der stärkeren Position heraus. Ihm kam zugute, dass er im Landtag eine geradezu paradoxe Mehrfachrolle einnahm. Zum einen brachte er den Abgeordneten als Repräsentant der Regierung und Sprachrohr des Königs die eigenen politischen Erwartungen nahe. Zum anderen gehörte er aber selbst in doppelter Funktion dem Landtag an und nahm an zwei entscheidenden Stellen Einfluss auf den Gang der Verhandlungen. Als Direktor der 1. Kurie, wo er das Hochstift Meißen vertrat, bremste er den ebenfalls dort zugehörigen Universitätsvertreter Krug aus und verpflichtete die Kurie auf eine Art Neutralitätshaltung. Außerdem gehörte Einsiedel als

Rittergutsbesitzer von Ehrenberg (bei Waldheim) noch der 2. Kurie (Ritterschaft) an. Dort war entschiedener Widerstand zu erwarten, da es sich nach Ansicht des Ministers um »eine unvernünftige Menge und an ihrer Spitze einige kluge Neulinge« handelte. Doch auch hier beeinflusste er die Beratungen so, dass zumindest ein Teil der Abgeordneten die progressiven Forderungen ablehnte.

Landtag ohne Erfolg gegen eine übermächtige Regierung

Eine geschlossene Opposition konnte Einsiedel auf diese Weise verhindern. Seine direkte Einflussnahme auf die Debatte offenbart eine wesentliche strukturelle Schwäche jener Zeit, als Sachsen noch keine Verfassung besaß. Die Regierung wies alle Forderungen nach einer transparenteren Politik ab. Dem Landtag fehlte die Kraft, auf der nächsten Ständeversammlung 1824 das Bemühen um eine Modernisierung des Staates mit stärkerem Nachdruck vorzubringen. Politischer Stillstand prägte die Jahre bis 1827. Dann starb der alte König Friedrich August I. Die Hoffnung der Fortschrittskräfte, sein gleichnamiger Neffe würde Thronfolger werden, zerschlug

sich. Stattdessen wurde mit Anton der greise Bruder des Verstorbenen Regent. Der unerfahrene Anton setzte keinerlei Modernisierungsimpulse, sondern verließ sich blind auf seinen Minister Einsiedel. So geriet Sachsen in einen immer größeren Reformstau.

Sturz und Rückzug aus der Politik

Die allgemeine Unzufriedenheit entlud sich schließlich in den revolutionären Ereignissen des Jahres 1830. Zur Hauptziel-scheibe des Volkszorns wurde Detlev von Einsiedel. Während der Septemberunruhen von 1830 warfen aufgebrachte Bürger die Fensterscheiben seines Hauses in Dresden ein und zwangen ihn zur Flucht. Am 13. September 1830 reichte Einsiedel nach 18-jähriger Tätigkeit als Minister seinen Rücktritt ein. Die nun folgenden Staatsreformen mit der ersten sächsischen Verfassung von 1831, einer konstitutionellen Monarchie und einem Zweikammerparlament hat er von seinem Landsitz Schloss Mückenberg bei Lauchhammer nur noch aus der Ferne verfolgt. Als erfolgreicher Eisenhüttenfabrikant, Präsident der Sächsischen Bibelgesellschaft und



PD Dr. Michael Wetzel

studierte deutsche und afrikanische Geschichte, Philosophie und Interkulturelle Kommunikation in Chemnitz und Harare/Zimbabwe. 2003 wurde er an der TU Chemnitz promoviert. Anschließend arbeitete er viele Jahre im Staatsarchiv Chemnitz. 2022 erfolgte seine Habilitation mit einer Studie zu Graf Detlev von Einsiedel. Seit 2023 arbeitet er im Universitätsarchiv Dresden.

Leiter des Dresdner Missionsvereins blieb er eine Person des öffentlichen Lebens. Hochbetagt starb der als »sächsischer Metternich« bezeichnete Graf am 20. März 1861 in Dresden. Seine lange Amtszeit als Minister bleibt als »Ära Einsiedel« im historischen Gedächtnis Sachsens verankert.

// PD Dr. Michael Wetzel

Plenarsitzungen

26.08.2026

16.09. – 17.09.2026

04.11. – 05.11.2026

17.12. – 22.12.2026

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf www.landtag.sachsen.de.

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weitere Informationen

Fraktionen der 8. Wahlperiode

CDU, Tel. 0351 493-5501

AfD, Tel. 0351 493-4201

BSW, Tel. 0351 493-4400

SPD, Tel. 0351 493-5700

BÜNDNISGRÜNE, Tel. 0351 493-4800

Die Linke, Tel. 0351 493-5800

Besucherdienst

Anmeldungen für Führungen unter besucherdienst@slt.sachsen.de

Offene Führungen ohne Anmeldungen finden an jedem zweiten und vierten Freitag im Monat ab 17 Uhr statt. Der Treffpunkt befindet sich im Bürgerfoyer im Neubau am Elbufer.

Öffentliche Ausstellung im Bürgerfoyer

»DAS PARLAMENT DER SACHSEN«

Aufgrund von Baumaßnahmen kann es im Sommer zu Abweichungen in den Öffnungszeiten kommen. Aktuelle Zeiten und Informationen finden sie unter: www.landtag.sachsen.de/umbau

Publikationsbestellung und Leserbriefe

SÄCHSISCHER LANDTAG

Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1,
01067 Dresden
publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de



[www.landtag.sachsen.de/
publikationen](http://www.landtag.sachsen.de/publikationen)



[www.landtag.sachsen.de/
veranstaltungen](http://www.landtag.sachsen.de/veranstaltungen)



Der Sächsische Landtag auf X: x.com/sax_sl
auf Instagram: [instagram.com/sachsen_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag) und auf
YouTube: [youtube.com/@SaechsischerLandtag](https://www.youtube.com/@SaechsischerLandtag)

TAG DER OFFENEN TÜR IM SÄCHSISCHEN LANDTAG

- Führungen mit spannenden Einblicken in den Altbau
- Diskussionsrunden mit Abgeordneten im Plenarsaal
- Informationsstände aller Bereiche des Parlaments und der Landtagsfraktionen
- Kreativ- und Spielangebote für Kinder

03.10.2026

**VORGE-
MERKT!**



www.landtag.sachsen.de